

Das transatlantische Freihandelsabkommen

Wer hat Angst vor stärkerer Einheit zwischen Amerika und Europa? Das geplante Freihandelsabkommen wird Europa nur dann kulturell verändern, wenn es zu schwach ist, das zu sein, was es ist und sein will

Roland Benedikter

Das geplante Freihandelsabkommen zwischen Europa und den USA ruft sowohl in Europa wie in Amerika Kritiker auf den Plan. Beide Seiten befürchten ökonomische, gesellschaftliche und kulturelle Vereinnahmung, wenn nicht gar Usurpierung durch den anderen. Während in den USA Konservative eine „Sozialisierung“ nach dem Vorbild von Obamas Gesundheitsreform befürchten, die von ihnen bereits als der Anfang vom Ende des „wahren“ Amerika gebrandmarkt wird und institutionell zu einer nie für möglich gehaltenen inneren Lähmung der stärksten Macht der Erde führte, sprechen europäische Skeptiker von einer bevorstehenden Amerikanisierung der europäischen Kultur. Doch was sind die Fakten?

Fakten und Intentionen

Das geplante transatlantische Freihandelsabkommen wird voraussichtlich frühestens 2015 konkrete Neuerungen bringen. Der US-„Shutdown“, das heisst die Lähmung der amerikanischen Regierung wegen fehlender Einigung der zwei Großparteien auf einen Haushalt für 2013 im Oktober 2013 sowie die zum ideologischen Grundsatzkampf um das „wahre Amerika“ stilisierten



Roland Benedikter

forscht über multidisziplinäre Politikanalyse und Politische Antizipation an der Universität von Kalifornien in Santa Barbara.

Kämpfe zwischen Republikanern und Demokraten um eine Erhöhung des Schuldenlimits im selben Monat haben den Beginn der Gespräche ohnehin verzögert. Sie drohen, auch weiterhin zu einer ständigen Belastung dauerhaft verlässlicher Abkommen zu werden.

Im Prinzip versprechen sich Experten beider Seiten vom Abkommen einen Zuwachs des Bruttosozialprodukts um bis zu 2% und der jeweiligen Handelsvolumen um bis zu 17%. Das ist in Krisenzeiten viel. Das Abkommen dient aber nicht nur der Ankurbelung der Wirtschaft nach sechs Krisenjahren. Es ist auch eine bewusste globalstrategische Maßnahme. Es dient dem demographischen Zusammenschluss des Westens angesichts des Aufstiegs Chinas und anderer neuer Mächte: der stagnierenden Demokratien gegen aufsteigende autoritäre und illiberale Staaten, von – gemeinsam – 825 Millionen gegen – allein – 1,35 Milliarden. Das stärkt die demokratischen Kulturen. Genauer: es schließt die gemeinsame demokratische Grundlage der in Geschichte, Geist und Zivilreligion sehr verschiedenen atlantischen Kulturen stärker zusammen, weil diese sich besser als ein gemeinsamer Raum erleben können. Von einer Schwächung der europäischen Demokratie durch das Abkommen kann also keine Rede sein. Das Gegenteil ist der Fall.

Der Begriff „Zivilreligion“, wurde von dem amerikanischen Soziologen und Parsons-Schüler Robert N. Bellah in die neuere, vor allem amerikanische soziologische Diskussion eingeführt. Wikipedia definiert wie folgt: Als **Zivilreligion** wird der religiöse Anteil einer politischen Kultur verstanden, der nach Robert N. Bellah notwendig ist, damit ein demokratisches Gemeinwesen funktioniert. Prinzipiell können alle Identität stiftenden oder Akzeptanz schaffenden Elemente für eine Kultur die Funktion religiöser Anteile erfüllen. Zivilreligiös sind in diesem Sinne alle kulturellen Anteile, die alleine durch politisches Handeln nicht verändert, abgeschafft oder eingeführt werden können. Die Voraussetzung für Zivilreligion ist die Trennung von Kirche und Staat. Staatliche und religiöse Zielsetzungen differieren. Da religiöse Aspekte aber auch in anderen als nur religiösen Angelegenheiten mitentscheidend sind, entsteht der Begriff Zivilreligion.

Ausserdem dient das Abkommen wegen seiner zu erwartenden Vorbildwirkung als eine Art Probelauf zur Entwicklung gemeinsamer globaler Standards der Liberalisierung, des Zugangs zu Regierungsaufträgen, der Transparenz, des Wettbewerbs und der Industrie- und Produktionsstandards, darunter der Angleichung des Schutzes der Umwelt und des Arbeitsrechts. Das kann global eine neue Ära einläuten, die Demokratie und Menschenrechte stärkt – auch in illiberalen Gesellschaften, die sich den Standards angleichen müssen. Dass die zwei größten Demokratieblöcke hier eine Führungsrolle übernehmen und mit einem – gewiss wagemutigen und im Ausgang unsicheren – Experiment vorangehen, ist grundsätzlich positiv – bevor es andere tun, die keine offenen Gesellschaften sind.

Kulturelle Aspekte

Kulturell und in Bezug auf die bisherige Praxis verändert das Abkommen bei genauer Betrachtung voraussichtlich weniger, als manche heute befürchten. Bereits heute sind Europa und die USA die beiden weltweit wichtigsten Handelspartner, die im bilateralen Austausch 54% des Welt-Bruttosozialprodukts erwirtschaften und 30% des weltweiten Handels abwickeln, mit 636 Milliarden \$ Handelswert 2011 und einem wechselseitigen Investitionsvolumen (Direktinvestitionen), das laut den Stanford-Experten Tim Josling und Christophe Crombez 2013 auf 3,6 Billionen \$ geschätzt wird¹ und damit alle anderen Räume bei weitem übertrifft. Zum Vergleich: Das gesamte deutsche Bruttonationalprodukt liegt bei 3,2 Billionen Dollar (2,6 Billionen Euro). Bereits heute sind die Handelsbarrieren zwischen den USA und Europa im weltweiten Vergleich sehr gering, mit durchschnittlichen Schutzzöllen von 4,7% auf EU-Waren in den USA und 6,4% für US-Waren in Europa. Für die meisten Waren- und Dienstleistungsgruppen bestehen schon seit längerem keine Beschränkungen mehr, sodass laut unabhängigen Schätzungen nur etwa 7% des bilateralen Handelsvolumens überhaupt vom Freihandelsabkommen betroffen wären. Dabei wurden auf Drängen Frankreichs Kulturthemen wie „audiovisuelle Dienste“ (Film, Fernsehen, Musik) vorläufig ausgenommen, die allerdings für das bilaterale Gesamthandelsvolumen nur eine untergeordnete Rolle spielen. Daher sind hier weitere Kompromisse und Sonderbestimmungen voraussichtlich leichter möglich als in anderen Bereichen.

Heikle Themen sind Angleichungen bei Lebensmittelstandards, die für Europa mehrheitlich problematisch wären, da in den USA weit niedrigere Standards herrschen und praktisch nur noch genetisch modifizierte Lebensmittel und geklonte Rinder ohne Kennzeichnungspflicht verwendet werden. Wer eine Veränderung der Esskultur befürchtet, liegt nicht ganz falsch – obwohl bereits heute McDonalds und Burger King auch Europa beherrschen, ohne es aus den Angeln gehoben zu haben. Heikel ist auch die mögliche Angleichung des US-Umgangs mit der Natur, etwa mit Wasser oder Luft in Form von privaten Besitzrechten oder Verschmutzungsstandards. Allerdings soll das Abkommen laut Ausgangs-Eckpunkten vom März 2013 so engmaschig ausdifferenziert werden, dass viele Ausnahmen auf beiden Seiten bestehen bleiben. Darunter sind gerade „kulturell relevante Bereiche“ wie Buchmarkt oder nationale Kulturförderung, wobei Kultur auf beiden Seiten sowohl im engen wie im weiten Sinn als begrenzt schützenswert verstanden wird. Dazu gehören aber auch Ausnahmeregelungen für Ursprungsbezeichnungen von europäischem Wein ebenso wie für amerikanischen Mais, die in den Anlaufverhandlungen vor dem offiziellen Beginn der Gespräche am 8. Juli sicherheitshalber nicht als Konsum-, sondern als „Kulturgüter“ eingestuft wurden, mit fließenden Grenzen.

Insgesamt hoffen die USA, aufgrund ihrer größeren Wettbewerbsfähigkeit und niedrigeren Arbeitsnebenkosten in Europa neue Auftrags- und Absatzmärkte zu erschließen und sehen aufgrund ihrer beinharten Binnenerfahrung

dem Wettbewerb mit europäischen Firmen optimistisch entgegen. Europa dagegen hofft, seine höheren Umwelt- und Arbeitsstandards im Rahmen der geplanten „Harmonisierung“ von Standards auf die USA zu übertragen, was der Grund dafür ist, dass alle amerikanischen Umweltorganisationen, Konsumentenschutzvereinigungen und Gewerkschaften massiv für das Abkommen eintreten, und dass die Lobbyverbände der Großunternehmer in Washington eher dagegen sind. Da es der Sinn des Abkommens ist, die jeweils höchsten erreichten Standards auf den Partner zu übertragen, sieht sich Europa mit seiner feinmaschigeren und ausdifferenzierteren Regulierungskultur insgesamt eher im Vorteil, und seine Vertreter könnten mit dieser Sichtweise am Ende Recht behalten. Eher könnten die USA durch das Abkommen „europäisiert“ werden, als Europa amerikanisiert.

Kann Europa überhaupt noch weiter „amerikanisiert“ werden?

Denn realistisch besehen lautet die Frage entgegen aller puristischen Zwischenrufe doch: Kann Europa kulturell überhaupt noch mehr „amerikanisiert“ werden als es das heute bereits ist – man sehe die Allgegenwart von amerikanischer Popkultur, Musik, Film, Fernsehen, Technologie, Sport, Lebensgefühl, Sprachfloskeln und Amerikanismen? Wohl schwerlich. Dagegen ist Europa in den USA seit Barack Obama praktisch von der Bildfläche verschwunden zugunsten der neuen Allpräsenz Chinas und Asiens. Es könnte also eher Europa von der verstärkten Kulturverbindung profitieren als die USA, da es nach Amerika zurückkehrt, während die Präsenz Amerikas in Europas Kultur- und Alltagsbewusstsein kaum zunehmen kann, weil hier schon weitgehende Sättigung erreicht ist.

Letztendlich gilt: Europa kann gar nicht weiter amerikanisiert werden, weil die US-Populärkultur bereits seit Jahrzehnten in keiner Weltgegend so erfolgreich ist wie in Europa, statistisch gesehen nicht einmal in den USA selbst. Wir sehen „Two and a half men“ im Fernsehen, tragen Nike-Schuhe und hören amerikanische Musik im Radio. Damit ist nicht gesagt, dass deutsche Fernsehserien wie „Sturm der Liebe“ in Amerika automatisch geringere Chancen haben als amerikanische Serien. Das Abkommen wird aber weniger Europa amerikanisieren, als Amerika re-europäisieren, was in Zeiten des demographischen Wandels hin zu Asien und des laut Eigendefinition „ersten pazifischen US-Präsidenten“ Barack Obama von großer Zukunftsbedeutung ist, weil dieser Amerika nicht mehr an der Seite Europas, sondern genau zwischen Europa und Asien positioniert und das amerikanische Schiff in einer gar nicht zu überberschätzenden historischen Wende vom Atlantik in den Pazifik lenkt.

Die entstehende Weltkultur wird Freihandelsabkommen begünstigen

Ohne die zweifellos bestehenden Gefahren schönzureden: Das Problem für europäische Kulturpuristen ist in Wirklichkeit doch, dass internationale Freihandelsabkommen jeder Art zunehmen werden, weil die Tendenz der Globalisierung unausweichlich zu einer vereinten Globalkultur auf kleinstem gemeinsamem Nenner geht, worin sich zaghaft eine erste Menschheitskultur abzeichnet. Das gilt nicht nur für die Kulturverbindung zwischen Amerika und Europa, sondern auch für diejenige, die in den kommenden Jahren, gemessen an der bisherigen Situation, noch rascher zunehmen dürfte: die zwischen Europa und China. Wer die Vereinte Menschheit und das Ende der Kriege will, muss sich verbinden; und wer sich verbindet, muss Kompromisse eingehen, die im Idealfall auf allen Seiten mit ebensoviel Gewinn wie Verlust verbunden sind. Das kann – und wird – im Fall Europas sowohl im Austausch mit offenen und geschlossenen Gesellschaften geschehen. Mit welcher Option sollte Europa beginnen? Mit welcher ist es besser bedient? China ist nicht nur dabei, Freihandelsabkommen mit den meisten seiner asiatischen Nachbarn abzuschließen, um sie geostrategisch stärker an sich zu binden, sondern hat bereits Freihandelsabkommen mit Island im April und mit der Schweiz im Juni 2013 unterzeichnet und damit laut Aussage des chinesischen Aussenministeriums „bedeutende strategische Brückenköpfe“ nach Europa geschaffen. Weitere Abkommen mit der EU und europäischen Einzelstaaten sind nur noch eine Frage der Zeit. Wird sich Europas Kultur durch Freihandelsabkommen mit China weniger stark verändern als durch eines mit den USA?

Das bezweifle ich. Europa ist selbst aus seiner Entstehungsgeschichte heraus eine atlantische Kultur, aus der Amerika erst hervorgegangen ist. Ist es so wenig selbstbewusst, nun eine rückwirkende Veränderung zu befürchten? Die These von der Kulturveränderung Europas durch das Freihandelsabkommen ist ein Widerspruch zu seiner Kulturverhaftetheit, die es gerade von Amerika unterscheidet. Denn wenn diese so schnell verändert werden kann, dann ist sie nicht das wert, als was sie verteidigt wird.

Ob sich Europas Kultur durch das Abkommen mit Amerika verändert, hängt davon ab, ob man einen weiten oder engen Kulturbegriff anwendet – eine für die Zukunft der durch neue Technologien und Globalisierung unweigerlich immer stärker vereinten Menschheit ausschlaggebende Unterscheidung, die Jürgen Mittelstrass begründet hat. Bezogen auf den weiten Kulturbegriff: Nationale Kulturen werden, exponentiell wachsend, immer stärker durch global „neutrale“ Technologie substituiert. Kultur weicht der Technologie; mittels der neuen Kommunikationstechnologien leben die Jugendlichen in einer „Weltsituation“, die sich immer stärker mit allem und nichts verbunden fühlt. Damit ist der Verlust ethnischer, historischer, nationaler Identität verbunden – doch es wird Menschheitszugehörigkeit proportional dadurch gewonnen. Wie es Amerika mit seiner „Metakultur-Position“ als erstem Experiment einer vereinten Menschheitskultur, die gerade zum

Zweck der Vereinigung und des friedlichen Zusammenlebens auf Einzelkulturen verzichtet, historisch seit 1776 vormacht.

Die gute Nachricht ist, dass Europa größer ist als die USA. Auf dem Weg zu einer vereinten Menschheit haben wir ohnehin keine andere Möglichkeit, als dass sich die Kulturen verbinden und dabei bis zu einem gewissen Grad gegenseitig assimilieren. Ausserdem wird traditionelle Kultur ohnehin immer stärker durch Technologie ersetzt – was kein Nachteil sein muss, denn seit dem Zeitalter der Nationalstaaten ist Kultur eher ein Grund für Kriege durch ausschließende Identifikation denn für Verständigung und gegenseitige Bereicherung. Amerika hat bewusst keine Kultur, so auch kein Kulturministerium, weil es in seinem Selbstverständnis (traditionelle) Kultur gerade überwinden will.

Vor- oder Nachteil für Europa?

Ist ein Freihandelsabkommen also ein Vor- oder Nachteil für ein weiterhin durch Nationalkulturen definiertes Europa?

Europa hat doch bis heute in Wahrheit gar keine gemeinsame Kultur, jedenfalls kein über die Antike hinausgehendes gemeinsames Kulturbewusstsein. Es hat höchstens eine gemeinsame Kulturpraxis in seinen transnational übergreifenden, unbewusst gewordenen Grundlagen, die von den nationalen Konflikten seit dem 17. Jahrhundert an den Rand des Vergessens geschickt wurden. Europa hat bis heute keine gemeinsame Zivilreligion, worin sein größter Schwachpunkt in der globalisierten Welt besteht – Amerika ebenso wie China haben nicht zufällig die stärksten und lebendigsten Zivilreligionen, was dazu beiträgt, dass sie die neuen „G-2“ sind. Kann Europa hier profitieren, wenn sich der Atlantik stärker zusammenschließt?

Die Schlussfolgerung, die sich eben gerade aus den Ängsten vor dem Freihandelsabkommen ergibt: Europa braucht endlich eine gemeinsame Zivilreligion als säkularen Kern seiner Kulturgrundlage, die erst langfristig sinnvolle Unterscheidung und Abgrenzung ermöglicht. Es gibt bis heute überhaupt noch keine „europäische“ Kultur, sondern nur nationale Teilkulturen. Das Abkommen könnte in Problemen und Hindernissen vielleicht sogar ernsthaft Bewusstsein schaffen für die Notwendigkeit einer solchen europäischen Zivilreligion.

Richtig ist auf der anderen Seite aber auch – und hier gebe ich den Kritikern und Cassandra-Rufern Recht –, dass Europa Vorsicht walten und genau verhandeln muss. In den USA gibt es bewusst kein Kulturministerium, weil Herkunftskulturen und -sprachen nicht gefördert, sondern im Gegenteil gerade überwunden werden sollen. Der Durchschnittsamerikaner versteht bis heute nach seinem historischen Individualitätsverständnis (self-reliance) und seiner radikal-kapitalistischen Kultur nicht wirklich, was Kulturförderung sein soll; dabei stellt Kunstförderung je nach Bundesstaat und Stadt eine Ausnahme dar, unterliegt aber ebenso den Konkurrenzprinzipien der kapitalistischen Gesellschaft, die auch den Universitätsbereich kennzeichnen.

Ausserdem ist in den USA das Kapital in höchstem Masse konzentriert und arbeitet „nackt“ und brutal. Mexikos Beispiel: gut oder schlecht? Wie Steinbeis-Präsident Johann Löhn zu Recht sagt, ist das Geld am Ende seltsamerweise immer bei den Amerikanern. In den USA gibt es praktisch nur mehr geklontes Rindfleisch wie genetisch veränderte Lebensmittel; Grunddienste wie die Wasserversorgung, werden ebenso privatisiert wie das Schürfen nach Öl in sensiblen Gesteinsschichten, was in Europa keine Zukunft haben sollte. Google, Yahoo und Microsoft dürfen nicht noch mehr Macht bekommen. Monsanto hat sich kürzlich überraschend vom europäischen Genmarkt zurückgezogen, weil man dort auf das Freihandelsabkommen hofft und von Amerika aus zurückkommen will.

Fazit

Das transatlantische Freihandelsabkommen mit Amerika, das inzwischen länger als 65 Jahre sein Partner und Beschützer ist, wird Europa nur dann kulturell verändern, wenn es zu schwach ist, das zu sein, was es ist und sein will; wenn es keine Kraft mehr hat, sich innerhalb der globalen Demokratien zu behaupten; wenn es weiterhin uneinig bleibt; wenn es keine gemeinsame Kultur um den Kern einer gemeinsamen Zivilreligion entwickelt, und zwar nicht mehr nur implizit, sondern nun auch explizit; oder wenn seine Ideen sich zunehmend als wirkungslos erweisen. Das alles könnte allerdings tatsächlich der Fall sein. Das Freihandelsabkommen ist für Europa ein gegebener Anlass, in sich zu gehen, seine Schwächen und Stärken auszuloten, sich auf den Weg zu einer ersten wirklichen gemeinsamen europäischen Zivilreligion zu machen und seine Eigenheit zu stärken. Es ist eine Chance zu mehr Einheit zwischen den Nationalstaaten und einem neuen Selbstbewusstsein, das sich die kulturelle Differenz zu Amerika bewusst macht.

Anmerkung

- 1 T. Josling and C. Crombez: The Political Economy of Transatlantic Free Trade. Stanford University Working Paper, July 17, 2013.